

rungen stellten. Dabei sei es jeweils ebenfalls um den Ausbau der direkten demokratischen Partizipationsmöglich-

se. Sie bestimmten weitgehend die politische Agenda. Hinzu komme, dass «Entscheidung des Bundesrates keinem

wann in der Schweiz. Dies sei kein genügender Grund für eine grosse Reform des Bundesrates». Dies sei kein genügender Grund für eine grosse Reform des Bundesrates desstaates Schweiz.

Schulzahnklinik in neuen Händen ^{802 u. v.}

Riehener Einwohnerrat vergibt Schulzahnpflege an privaten Betreiber

Von Michel Schultheiss

Riehen. Ab Sommer 2014 werden die Kinder nicht mehr im Gemeindehaus zur Karieskontrolle antreten. Nach über 50 Jahren wird die Riehener Filiale der Öffentlichen Zahnklinik Basel-Stadt geschlossen. Der Gemeinderat hat den **Auftrag für eine Dauer von zehn Jahren** an einen privaten Betreiber vergeben und legte die Leistungsvereinbarung dem Einwohnerrat am Mittwoch zur Genehmigung vor. Gemeinderätin Annemarie Pfeifer (EVP) betonte, dass die hohe Qualität auch bei der privaten Zahnarztpraxis erhalten bleiben soll. «Es handelt sich um nichts anderes als um eine Schulzahnklinik, doch auf der anderen Seite der Schmiedgasse», meinte auch Christian Griss (CVP/GLP) von der Sachkommission Gesundheit und Soziales.

Obschon niemand das Vorhaben grundsätzlich ablehnte, waren vonseiten der SP und SVP auch kritische Worte zu hören. Roland Löttscher (SP) bedauerte den Abbau beim Service

public: «Die Verbindung zwischen Geschäftsstreben und Gesundheit ist problematisch – auch wenn die neuen Zahnärzte sicher gute Arbeit leisten.» Bedenken kamen auch von der SVP-Fraktion, doch aus anderen Gründen. So begrüsst etwa Karl Schweizer die «marktwirtschaftliche Lösung», er hätte aber lieber eine **fünfjährige Frist mit Option auf Verlängerung** gesehen. Dies wäre besser für die Qualitätssicherung gewesen.

Dennoch wurde der Hinweis des Gemeinderats, den Standort der Schulzahnpflege in Riehen nicht aufs Spiel zu setzen, ernst genommen: Der Einwohnerrat lehnte die Rückweisung der Leistungsvereinbarung deutlich ab. Bei der Schlussabstimmung nahm er die Vereinbarung mit 27 zu 0 Stimmen bei sechs Enthaltungen an.

K-Netz: Ausschreibung

Anders als bei der Schulzahnpflege steht die Zukunft des öffentlichen Kommunikationsnetzes noch in den Sternen. Vor gut einem Jahr hat das

Riehener Stimmvolk den Verkauf des K-Netzes an UPC Cablecom deutlich abgelehnt. Nun ist die Suche nach einer Alternative im Gange. Eine Spezialkommission hat daher dem Einwohnerrat einen Zwischenbericht präsentiert. «Langfristig soll ein günstiges und wettbewerbsfähiges Modell gefunden werden, das dem Wunsch des Riehener Souveräns gerecht wird», meint Kommissionspräsident Christian Burri (SP). Probleme bereite dabei die aggressive Konkurrenz privater Anbieter, besonders seit dem Einzug der Swisscom ins TV-Geschäft. Daher sinke die Anzahl Kunden im K-Netz kontinuierlich.

Die Kommission wird mehrere Modelle für ein gemeindeeigenes Netz prüfen. Optionen wären unter anderem ein Netzwerk mit der Reinacher InterGGA, aber auch die Variante Verkauf wird im Zwischenbericht noch immer aufgeführt. Es bleibt also abzuwarten, welche Option letztlich für das K-Netz gewählt wird. Im Laufe des Jahres wird dafür eine Ausschreibung durchgeführt und eine Vorlage erstellt.